

Der flexible Feind. Zur Rolle des Antibürokratismus bei der Legitimierung von Titos Selbstverwaltungssystem

Todor Kuljić

Trotz der in den letzten Jahren angeschwollenen Literatur über den Sozialismus sind die Unterschiede zwischen dem Sozialismus in Jugoslawien und dem in den Staaten des Ostblocks relativ unbekannt und in den Hintergrund gerückt worden. In einer differenzierenden Komparatistik des realen Sozialismus muss man die Unterschiede zwischen den Makromodellen jedoch aufmerksam registrieren. Im Vergleich mit dem Ostblock herrschten in Jugoslawien eine dosierte Pluralisierung und eine gewisse Entpolitisierung des Rechtssystems. Es gab im System der ungebrochenen Einparteienmacht zwar keinen echten politischen Pluralismus, auch keine legalen Parteifraktionen, aber dennoch existierte eine Art latenter Pluralismus, dessen Subjekte die Parteien der einzelnen Teilrepubliken innerhalb des Systems „des Pluralismus von Selbstverwaltungsinteressen“¹ darstellten. Manchmal waren diese Subjekte mehr als Fraktionen. Titos Regime verband eine „protestantisierende“ bolschewistische Staatsdoktrin mit direkter Demokratie und einem ausgeprägten Sozialstaatsanspruch und legitimierte sich durch Antifaschismus, Antistalinismus und eine unabhängige und friedliche Außenpolitik. Das Regime war sich dieser Legitimationsquellen völlig bewusst und hielt die Vergangenheitspolitik unter strenger Kontrolle: Antifaschismus unterminierte Nationalismus, Antistalinismus neutralisierte sowjetunionfreundliche Gruppen, Antikapitalismus war selbstverständlich.

Nicht vergessen werden darf, dass die Ideologie der jugoslawischen Kommunisten sich von der Ideologie in anderen osteuropäischen kommunistischen Parteien unterschied, vor allem im Hinblick auf den Hauptfeind. Die Bürokratie, nicht die Bourgeoisie war der zentrale Feind in der Ideologie von Titos Partei. Diese antibürokratische Ideologie war hybrid. Ihr lagen unterschiedliche Traditionen und Motive zugrunde, sowohl demokratische, als auch solche der legitimatorischen Instrumentalisierung. Die Feindvorstellung signalisierte auf spezifische Weise das

1 Edvard Kardelj; Pravec razvoja političkog sistema socijalističkog samoupravljanja [Die Entwicklungsrichtlinien des politischen Systems der sozialistischen Selbstverwaltung], Beograd 1977, S.6.

Reformpotenzial und die Akzentverschiebung des grundlegenden Kurses von 1952. Dieser wurde vom Plan zum Markt, vom Zentralismus zur Selbstverwaltung, von der Kritik der Bourgeoisie zur Kritik der Bürokratie verschoben.

Von diesen Grundüberlegungen ausgehend werden hier einige wichtige Unterschiede zwischen Plan- und Marktsozialismus erörtert. Die antibürokratische Kritik an der Überregulierung war gleichsam eine Antwort auf den Stalinismus, stellte aber auch eine Methode dar, die nationalen Verhältnisse zu regulieren. Die Folgen waren verschiedenartig. Die Anregungen des Marktes führten zum Wachstum der Produktivität, brachten aber auch sektorale Disproportionen und Konflikte zwischen den jugoslawischen Republiken mit sich.

Die antibürokratische Kritik stand in Jugoslawien bereits ab Mitte 1949 im Zentrum der Ideologie der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (ab dem VI. Parteitag 1952: Bund der Kommunisten Jugoslawiens; BdkJ) , wobei im Rahmen der Stalinismuskritik der Begriff des öffentlichen Hauptfeinds – der Bürokratie – herausgearbeitet wurde. In der kritischen Situation des Konflikts mit dem bisher wichtigsten Verbündeten, der Sowjetunion, kam man zu der Schlussfolgerung, dass die Bürokratie als ein flexibler, nie gänzlich bestimmbarer Feind eine geeignetere Grundlage für Integration sein konnte als der bisherige Hauptfeind, die Bourgeoisie. Diplomatisch gesagt: „Bürokratie“ enthielt eine kreative Zweideutigkeit. Natürlich erforderte der neue außenpolitische Kurs Jugoslawiens, das gegen Stalin die Hilfe des Westens suchte, auch eine neue Akzentuierung des bisherigen Hauptfeindes, d. h. eine Milderung der Kapitalismuskritik. Antibürokratismus bedeutete im jugoslawischen Verständnis somit Antistalinismus und gemilderter Antikapitalismus zugleich.

Antibürokratismus war im Ursprung trotzkistisch getönter Antistalinismus, obwohl Trotzki in Jugoslawien nie offiziell rehabilitiert wurde. Das wäre nämlich gefährlich gewesen, denn die Rehabilitierung Trotzkis hätte automatisch die Legitimierung einer möglichen Parteifraktion bedeutet. Indes, die Veränderung im ideologischen Vokabular war nicht nur Taktik; der Antibürokratismus blieb bis zum Schluss Bestandteil der Ideologie des BdkJ. Dessen Bürokratiekritik wurde auch zu einer Grundlage für die ideologische und wissenschaftliche Ausarbeitung des jugoslawischen Selbstverwaltungssystems; sie war also mehr als eine bloße Bezeichnung für den öffentlichen Hauptfeind. Natürlich wusste die Parteispitze damals noch nicht, wie nützlich der neue Feind auch für spätere ideologische Bedürfnisse werden konnte.

Die gesamte Selbstverwaltungs-ideologie Jugoslawiens baute auf der Kritik an der Bürokratie auf. Kritik an der Bourgeoisie und deren Überresten im Land bedeutete eine Wendung nach links, zu mehr sozioökonomischer Gleichheit hin. Rückte hingegen die „bürokratische Gefahr“ in den Vordergrund, kamen Selbstverwaltung und regionale Dezentralisierung in den Blick. Schon ab 1949 drängte die Bürokratie in den Dokumenten des BdkJ die Bourgeoisie als Hauptfeind immer mehr zurück. Der Antibürokratismus wurde zum Bindeglied der Gesellschaft, während die anderen kritisierten Erscheinungen das Bild vom Feind lediglich ergänzten. Bald wurde alles, was in der Politik unerwünscht war, als eine Art Bürokratie stigmatisiert, war nicht mehr bürgerlicher oder kleinbürgerlicher, sondern bürokratischer Natur. Die Kritik galt „bürokratischen Deformationen“. Die Rolle des Antibürokratismus in der Ideologie des BdkJ soll nachfolgend historisch durch Veränderungen im In- und Ausland erklärt werden.

1. Voraussetzungen für den Antibürokratismus

Die Voraussetzungen für die Belebung des Antibürokratismus wurden nicht gleich nach der sozialistischen Revolution 1945 geschaffen. Sie entstanden erst einige Jahre später. In der Ideologie des BdkJ wurde dieser Kurs nach der scharfen Kritik an der jugoslawischen Partei eingeschlagen, sobald sich Mitte 1949 gezeigt hatte, dass der Streit mit Stalin anhalten würde.²

Der entscheidende Punkt, in dem sich die Jugoslawen dem Stalinismus widersetzen, war die Kritik an der These von der unvermeidlichen Stärkung des Staates im Sozialismus. Dem heftigen Widersetzen lag auch eine Neubewertung des sowjetischen Regimes zugrunde. In den Dokumenten des VI. Parteitag der kommunistischen Partei von 1952 wurde die Sowjetunion als eine „neue aggressive imperialistische Macht“ verurteilt, ihr sozialistischer Charakter bestritten und sie selbst als „staatskapitalistisches System“ bezeichnet. Die ausgeprägte Kritik an der Sowjetunion bedeutete außenpolitisch eine Öffnung gegenüber den westlichen Ländern, innenpolitisch schuf sie die Grundlage für das Selbstverwaltungssystem. „Die Sowjetunion ist schon längst in ihrer inneren Entwicklung vom echten, sozialistischen Entwicklungsweg abgewichen“, hieß es. „Gegenwärtig ist

2 Siehe Stephen Clissold (Hrsg.): *Yugoslavia and the Soviet Union 1939-1973, A documentary survey*, London 1975; Dennison I. Rusinow: *The Yugoslav experiment 1944-1974*, London 1977; Djoko Tripković: *Iza Gvozdene zavese. Početak i eskalacija sukoba Tito-Staljin prvih meseci 1948* [Hinter dem eisernen Vorhang. Beginn und Eskalation des Tito-Stalin-Konflikts 1948], in: *Istorija 20. veka*, 1996, Bd. 14, br. 1, S.89-99.

sie mit einem bisher unvorstellbaren bürokratischen System auf dem Weg des Staatskapitalismus.“³

In den jugoslawischen Tageszeitungen dieser Jahre wurden die sowjetischen Parteiführer als Kaste von Bürokraten und Tyrannen charakterisiert, die eine bürokratische Ordnung hergestellt habe und vom Marxismus-Leninismus abgewichen sei. Diese Beurteilung war freilich gemäßiger als die sowjetischen Vorwürfe gegen die jugoslawische Parteiführung, die als „Führung von Spionen und Söldnern“ und auch als „faschistisch“ bezeichnet wurde.

Die jugoslawische Selbstverwaltung stellte einen, wenn schon nicht radikalen, so doch zumindest großen Bruch mit der bolschewistischen Ideologie und Praxis dar. Man kann in ihr eine besondere Form gebremster Modernisierung sehen: Innerhalb weniger Jahrzehnte erfolgte der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Von 1947 bis 1974 wuchs die Industrieproduktion durchschnittlich um zehn Prozent jährlich, 1971 war der Anteil der Bauernschaft an der Bevölkerung von 70 auf 38 Prozent gesunken.⁴ Das Land öffnete sich nach Westeuropa. Säkularisierung, Aufklärung und Kosmopolitisierung erfassten den ethnisch geteilten Balkanstaat. Der jugoslawische Sozialismus war in der Epoche des Kalten Krieges und im balkanischen Umfeld eine relativ moderne Gesellschaft, was in staats- und politikzentrierten Darstellungen heute regelrecht untergeht. Die Reformversuche und die Selbstverwaltung unterlagen nicht nur der Kontrolle zuerst der zentralistischen, später der polyzentrischen Kaderverwaltung, sondern standen immer auch im Schatten nationaler Gegensätze, die oft nur autoritär entschärft werden konnten. Ab 1965 kann man in Jugoslawien von einer polyzentrischen Kaderverwaltung sprechen, die den Boden für einen - wenn auch begrenzten - Handlungsspielraum für Reformen bereitete. Dieser Prozess verlief durchaus konfliktreich und unterschied sich in den Landesteilen.⁵ In Slowenien schritten die sozioökonomischen Reformen voran, das Kosovo wurde hingegen nur sehr wenig davon erfasst. Die Kluft zwischen den Parteispitzen der jugoslawischen Republiken schuf eine sich negativ auswirkende Konkurrenz, die aber zugleich zu weiteren Reformversuchen führte und den Bol-

3 VI Parteitag KPJ [VI. Parteitag der Kommunistischen Partei Jugoslawiens], Beograd 1952, S.23.

4 Siehe Branko Petranović: *Istorija Jugoslavije 1918-1988* [Geschichte Jugoslawiens 1918-1988], Beograd 1988, S.418-425.

5 Siehe Todor Kuljić: *Birokratija i kadrovska uprava* [Bürokratie und Kaderverwaltung], Beograd 1989.

schewismus beseitigte. Andererseits aber legte diese Kluft auch den Keim für die zukünftige kriegerische Auflösung Jugoslawiens.

Der Antibürokratismus bot, wie erwähnt, die Grundlage für die Kritik am Stalinismus nach innen und nach außen. Die Kritik an der „imperialistischen Hegemonie der sowjetischen bürokratischen Kaste“ stand im Einklang mit der Hervorhebung eines neuen, öffentlichen Hauptfeindes, der die Bourgeoisie als Feindbild ersetzte. Der Bürokratismus gehört, so Tito 1953, zu den größten Feinden des Sozialismus gerade deswegen, „weil er sich unbemerkt in alle Poren der gesellschaftlichen Tätigkeit einschleicht, ohne dass die Menschen sich dessen von Anfang an bewusst waren“.⁶ Sein Träger, die Bürokratie, galt als Kaste und kapitalistisches Element im Sozialismus: „Was konnte schließlich die bürokratische Kaste anderes sein als ein Rest der kapitalistischen Kaste“, schrieb Edvard Kardelj 1951.⁷

In den Dokumenten des VI. Partei-Parteitages von 1952 und in den ideologisch-theoretischen Aufsätzen dieser Periode wurde der Bürokratie verschiedene Bedeutung beigemessen. Das reichte von der These, sie sei ein Kapitalismusrest, über die verbreitete Meinung, die Bürokratie stelle ein unvermeidliches Übergangszeitphänomen dar, bis zur Auffassung, alle mächtigen Gruppen im Sozialismus seien mit der Bürokratie identisch. Nachweisbar ist auch das Bestreben, die Intelligenz in die Bürokratie einzuordnen. Diese Vorstellung resultierte aus der bolschewistischen Auffassung vom Arbeiter- und Bauerncharakter der Revolution. Der Begriff „Bürokratie“ nahm allmählich einen festen Platz im politischen Vokabular ein und wurde unersetzlich für die Beschreibung wichtiger sozialer Gegensätze in Jugoslawien.

2. Die Wellen des Antibürokratismus

In den Krisenperioden Jugoslawiens wurde die Vision vom Feind naturgemäß homogener, und die Bereitschaft zu differenzierter Auseinandersetzung nahm ab. In der Regel sind die Ideologiedokumente jener Perioden dogmatisch; Feind-Freund-Unterscheidungen bestimmen die Deutungen der Gesellschaftsstruktur. Dem lag in der Ideologie des BdKJ seit Beginn der 50er-Jahre eine Polarisierung zwischen den unmittelbaren Produzenten und der Bürokratie zugrunde. Obwohl in der unmittelbaren

6 Josip Broz Tito: *Borba za socijalističku demokratiju* [Der Kampf für die sozialistische Demokratie], Beograd 1953, S.34.

7 Edvard Kardelj: *Deset godina narodne revolucije* [Zehn Jahre der Volksrevolution], in: *Komunist*, 1951, Nr. 2-3, S.102.

Nachkriegszeit stets der Klassenkampf gegen die Bourgeoisie betont wurde, fasste man die Struktur der eigenen Gesellschaft im Grunde genommen nach sowjetischem Muster auf: als Zusammenwirken dreier „befreundeter Klassen“, die organisatorisch in der Volksfront zusammengeschlossen waren. Nach 1950 vertrat man die Auffassung, die Einheit würde immer enger und das Bündnis würde auf das Niveau „unmittelbarer Produzenten“ gehoben: Arbeiter und Bauern seien zuverlässige Verbündeten im Kampf gegen den Klassenfeind, als welcher nunmehr – ziemlich unscharf – die Bürokratie erschien. Zeitgleich ginge der Prozess des Absterbens des Staates als „Demokratisierung“ und „Entbürokratisierung“ voran. Der Ausbau des bürokratischen Apparats wurde gestoppt, wobei von der Kampagne gegen den Bürokratismus zuerst die Bundesverwaltung betroffen war. Der praktische Widerstand gegen den Bürokratismus begann also mit einer Dezentralisierung, worauf auch die späteren großen ideologischen Propagandaaktionen der Republiken gegen den Zentralismus zurückzuführen sind.

Die offizielle Kritik an der Bürokratie erreichte ihren Höhepunkt in den Aufsätzen von Edvard Kardelj, Milentije Popović, Milovan Djilas und anderen führenden Parteifunktionären in der Periode zwischen dem sechsten und siebenten Parteitag des BdkJ (1952-1958). Diese Kritik am Stalinismus wurde zu einer Art Staatskapitalismustheorie, in der klare liberale und anarchistische Inhalte zu erkennen sind. Diese sehr epochenspezifische, eklektische antibürokratische Strömung gestaltete sich unter den besonderen Bedingungen des sowjetischen Drucks auf Jugoslawien und der jugoslawischen Zusammenarbeit mit dem kapitalistischen Westen. Ihre extremste Form erreichte diese Kritik 1953. Dieses Jahr stellte in den Dokumenten des BdkJ den Scheitelpunkt des antistalinistischen Widerstands dar.

Schon im Jahr danach wurde die Kritik von Djilas an der Parteibürokratie und am bolschewistischen Parteimuster energisch bekämpft. Als es bald darauf zur teilweisen Entstalinisierung in der Sowjetunion, zum „neuen Kurs“ in der sowjetischen Innen- und Außenpolitik einschließlich einer erneuten Annäherung zwischen UdSSR und Jugoslawien kam (die schließlich in Chruščevs Besuch in Jugoslawien gipfelte), war ein starker Antibürokratismus als indirekte ideologische Rechtfertigung von Politik nicht mehr so geeignet wie in den frühen Fünfzigerjahren. In der Presse wurde nach 1954 die antibürokratische und zugleich die antisowjetische Propaganda gemildert. Der innere Feind wurde offiziell an zwei entgegengesetzten Polen ausgemacht: am Bürokratismus einerseits sowie am

Anarchismus und an der Djilas-Lehre (Djilasovstina) andererseits, wobei die letzterwähnte als die größere Gefahr galt.

Mit der Expansion des allgemeinen Antibürokratismus in der Publizistik und der Literatur in den Jahren 1951 bis 1955 war natürlich auch das Parteimonopol gefährdet. Jedoch bedeutete das nicht, dass danach der offizielle fundamentale antibürokratische Kurs verlassen wurde. Man leitete ihn um, setzte neue Akzente und kombinierte die Vorwürfe an den neuen ideologischen Feind anders. So wies der VII. Parteitag des BdkJ von 1958 nicht nur auf die bürokratische, sondern auch auf die liberale Gefahr in Form „anarchistischer, pseudoliberalistischer und neoliberalistischer Tendenzen“⁸ hin. In dem auf diesem Parteitag angenommenen Programm des BdkJ ist dem Bürokratismus ein besonderer Abschnitt gewidmet.⁹ Die dort gegebene elastische Bürokratismusdefinition umschloss fast alle damaligen Sozialdeformationen, endete aber mit einer optimistischen Aussicht: Der Bürokratismus sei dem sozialistischen Staat nur in der Übergangszeit eigen.¹⁰

Wichtiger und weitreichender als die erwähnte eklektische Bürokratismusbestimmung war in dieser Phase jedoch die Ankündigung einer Dezentralisierung des politischen Systems, welches negativ als eine Verbindung des Unitarismus mit der Bürokratie bewertet wurde. Die ersten Anzeichen einer Wende hin zu einer Stärkung der Republikautonomie wurden mit der Kritik an der Bürokratie gerechtfertigt.

Im folgenden Jahrzehnt begann der BdkJ, unter der gleichen Antibürokratismus-Losung – heimlich und vernebelt – verschiedene Formen einer Trennung von Republiken und Gebieten durchzusetzen. Der Antibürokratismus trug das Potenzial von Reformen, aber auch einer latenten Desintegration des Bundesstaates in sich. Diese Janusköpfigkeit besaß der Antibürokratismus bis zum Ende des jugoslawischen Sozialismus. Obwohl als flexibles Schimpfwort nützlich, war er auch eine gute Fassade für verschiedene Desintegrationstendenzen in Staat und Partei. Die Staatsverfassung von 1963 und der VIII. BdkJ-Parteitag von 1964 beschleunigten diese Dezentralisierung und Deetatisierung. Der Bundesstaat wurde langsam schwächer, nicht aber die Partei.

Tito stärkte die Souveränität der Republiken und glaubte, mit Parteizentralismus die Staatsganzheit zu bewahren. Diese Prognose erwies sich erst Ende der 1980er-Jahre als falsch, als mit der Zerstörung des BdkJ in dem

8 Program SKJ [Der Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawien], Beograd 1958, S.281f.

9 Siehe ebenda, S.138-140.

10 Siehe ebenda, S.139.

komplizierten Vielvölkerstaat ein explosives Vakuum ohne integrative Kräfte entstand. Alle Integration beruhte auf dem BdkJ; die Zerstörung Jugoslawiens durch Krieg zeigte dies in katastrophaler Weise.

Bereits Mitte der 1960er-Jahre war das Problem der Nachfolgeschaft Titos aufgetaucht. Der VIII. Parteitag des BdkJ betonte die Bedeutung der Wert- und Marktgesetze für die kommende Entwicklungsphase und forderte im Einklang damit die weitere Entmachtung des Bundeszentrums in Belgrad. In den Parteitagsdokumenten wurde zum ersten Mal öffentlich der Unitarismus kritisiert und damit die Vorbereitung einer späteren Verfassungsreform der Föderation angedeutet. Gleichzeitig wurde die Aufmerksamkeit auf die Gefahr des Nationalismus gelenkt. Das Wesen der beiden entgegengesetzten Phänomene beschrieb man im antibürokratischen Kontext: „Nationalistische Deformationen tauchen auch wegen der etatistisch-bürokratischen Tendenzen auf, die die Integrationsprozesse der jugoslawischen Völker hemmen. Sie führen einerseits zu den bürokratisch-zentralistischen Tendenzen und zur unitaristischen Ignoranz der sozioökonomischen Funktion der Republiken und autonomen Provinzen und andererseits zu Tendenzen, sich innerhalb der eigenen Grenzen einzuschließen. Beide sind in ihrem Wesen nationalistisch und für den normalen Prozess der ökonomischen und sozialen Integration schädlich.“¹¹ Zugleich wurden Technokratismus und Liberalismus sowie die verschiedenen Formen ihrer Verbindung mit dem Bürokratismus als neue Feinde hervorgehoben.¹²

Nach der Wirtschaftsreform von 1965, als die Selbstständigkeit der Firmen und ihrer Fachleitungen zunahm, vermehrten sich in der Ideologie des BdkJ die Hinweise auf den „bürokratischen Technokratismus“. Der Antibürokratismus erhielt damit noch einen neuen Schimpfwortsinn. Schon damals sahen einige führende Kommunisten wie Boris Krajer, dass die Hinwendung zum Markt Krieg bedeute.¹³ Tito aber hoffte, alle Problemen mithilfe der Partei regeln zu können.

Der Kurs auf die Marktwirtschaft 1965 löste nicht die letzte Welle des Antibürokratismus aus. Nach der vierten Tagung des BdkJ-Zentralkomitees und der Ablösung der „bürokratisch-zentralistischen Gruppe“ um den serbischen Vizepräsidenten des Bundesstaates Aleksandar Ranković im Jahre 1966 verstärkte sich erneut die Kritik am Zentralismus, an Bürokratismus und Autoritarismus. Die Autonomie der Republiken nahm

11 VIII Kongres SKJ [VIII. Parteitag des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens], Belograd 1964, S.131.

12 Siehe ebenda, S.35.

13 Perović Latinka: *Zatvaranje kruga* [Die Schließung des Kreises], Sarajevo 1991, S.38.

immer mehr zu. In der Sprache des politischen Alltags ersetzte man die Parole der Einheit durch die der Gleichberechtigung der Republiken. Auch diese Wende wurde mit dem Antibürokratismus legitimiert. Der Bundesstaat wurde dezentralisiert, die Partei aber noch nicht.

Der Widerstand der Republiken und autonomen Provinzen gegen das Bundeszentrum und die „bürokratischen Kräfte“ wuchs, und 1967 stießen föderale Entscheidungen auf erste Hindernisse. Auch die massenhaften Studentendemonstrationen im Juni 1968 verliefen in Jugoslawien im Zeichen des Antibürokratismus, noch immer aber waren sie mit nachdrücklichen sozialen und nicht mit nationalen Forderungen verbunden. Der offizielle antibürokratische Jargon prägte selbst die Stimme der Studentenopposition. Auch die Kritik des Selbstverwaltungssystems von links war antibürokratisch getönt.

3. Die Wende zu Marktwirtschaft und Dezentralisierung

Das Jahr 1965 markierte einen Wendepunkt in der jugoslawischen Reformpolitik. In mehreren Reformsequenzen legalisierte der Staat Markt und Dezentralisierung. Dies beförderte jene grundlegenden Föderalisierungsprozesse in Staat und Partei, die mit dem VIII. Parteitag des BdKJ von 1964 begonnen hatten und sich mit der Reform von 1965, der Ablösung von Ranković 1966 sowie den Verfassungsamendements von 1971 fortsetzten. Sie mündeten schließlich in die verfassungsmäßige Fixierung des Föderalismus und in das Gesetz über die assoziierte Arbeit von 1976. Allerdings konnte die Dezentralisierung die Spannungen nicht entschärfen, diese wurden vielmehr nur legalisiert. Die Strategie, auf den Weltmarkt zu setzen, bedeutete verstärkte Konkurrenz zwischen Betrieben, Republiken und Nationen. Der Preis war ein Boom des Nationalismus. Der ökonomischen Liberalisierung (die keine bloße Krisenreaktion war) folgte keine Liberalisierung der Partei. In der Auseinandersetzung zwischen Zentralisten und Reformern erlangten 1965 die Letzteren die Oberhand. Tito persönlich stellte sich sehr langsam um; er war lange ein Zentralist. 1962 ging aber auch er in das Lager der Reformen über. Die Marktreformen von 1965 machten den Weg frei für einen latenten ökonomischen Bürgerkrieg, der oft nur durch direkte Arbitrage von Tito gemildert wurde. Letztendlich opferte Tito den Bundesstaatszentrismus; die Übermacht der Partei blieb für ihn aber ein Fetisch.

So war der jugoslawische Selbstverwaltungssozialismus ein vielschichtiges und widersprüchliches Gesellschaftsgebilde. Auf lokaler Ebene existierten bemerkenswerte basisdemokratische Elemente. Die herrschende Partei

verwandelte sich schon Mitte der 50er-Jahre von einer Avantgarde in eine Massenpartei, die mit Karrierismus belastet war. Das Systemgleichgewicht wurde durch permanentes Balancieren zwischen kommunistischer Ideologie, Marktgesetzen und Republikinteressen aufrecht erhalten. Die ökonomisch entwickelten Republiken Kroatien und Slowenien stellten sich gegen eine Überregulierung und gegen Zentralismus im Bundesstaat, die unterentwickelten Republiken wandten sich gegen die Haltung von Kroatien und Slowenien, wobei sich bei allen Widerstand gegen Belgrad breit machte. Letzteres war auch eine Folge der leninistischen Grundannahme, wonach der Nationalismus der jeweils größten Nation (hier der serbischen) der gefährlichste sei. Nach 1965 entstand eine neue politische Polarisierung (die entwickelten gegen die unterentwickelten Republiken, die Separatisten gegen die Zentralisten), was neue Integrationsmittel nötig machte.

Die Materialien der BdkJ-Kongresse und andere Parteidokumente aus dieser Periode aber zeugen von einem unveränderten antibürokratischen Kurs, dem nur die gelegentlich unterschiedlichen Inhaltsakzentuierungen des Hauptfeindes – der Bürokratie – eine gewisse Vitalität verschafften. Der flexibel bestimmte Hauptfeind spielte in der BdkJ-Ideologie nach wie vor eine wichtige, verbindende Rolle; das biegsame Feindbild war gut genug, um verschiedene, auch entgegengesetzte Erscheinungen (Nationalismus, Unitarismus, Liberalismus, Technokratismus) gleichzeitig anzuprangern. Reformanregungen konnten nur von oben kommen und nur von der Partei ausgehen.

Die Marktreformen führten schließlich zur Dezentralisierung des Staates und zur Stärkung der ökonomischen Gegensätze, nicht aber zur Expansion von Privateigentum. International gesehen, war die Einführung von Marktmechanismen eine Antwort auf die dirigistische sowjetische Wirtschaft und schuf zugleich einen neuen Mechanismus zur Regulierung der nationalen Gegensätze. Bald zeigte sich jedoch, dass in der Marktwirtschaft jede Teilrepublik nach wirtschaftlicher Souveränität strebte. In Kroatien ging dieser Prozess 1970/71 in offenen Nationalismus über: „Kroatisches Geld in kroatische Geldtaschen!“, lautete die Forderung, oder: „Das kroatische Gewehr über die kroatische Schulter!“. In Serbien entstanden sogenannte technoliberele Strukturen. Tito unterdrückte beide Strömungen.

Unter den Bedingungen des Marktes war die ungebrochene Parteikontrolle, die immer mittels der klassischen kommunistischen Selbstkritik aufrechterhalten wurde, der Preis der staatlichen Einheit Jugoslawiens. Ein wichtiger Aspekt kommunistischer Selbstkritik war die Devise: „Die

Chauvinisten kämpfen gegen den fremden, die Kommunisten aber vor allem gegen den Nationalismus der eigenen Nation.“ Obwohl autoritär, pazifizierte der Bolschewismus auf diese Weise fast 50 Jahre lang den explosiven Balkanraum. Dabei erleichterte der flexible Antibürokratismus die ideologische Kontinuität durch Legitimierung aller Reformen des jugoslawischen Sozialismus. Mit den Wandlungen in der Staatsorganisation und im demokratischen Zentralismus der Parteiorganisation änderten sich natürlich auch die Formen, in denen sich Bürokratie äußerte. Die beschleunigte Föderalisierung wurde mit verstärkter Kritik am bürokratischen Zentralismus gerechtfertigt. Am Ende der 1980er-Jahre begann dann auch Slobodan Milošević seinen nationalistischen Kurs unter der Bezeichnung „antibürokratische Revolution“. Damit wurde die Instrumentalisierung des bürokratischen Hauptfeindes des BdkJ ad absurdum geführt.

4. Das Ende des BdkJ

Titos Partei funktionierte durch verschiedene Kombinationen und Akzentuierungen antikapitalistischer, antifaschistischer und antistalinistischer Strömungen. Im Unterschied zu diesen relativ markanten Ausrichtungen hatte der Antibürokratismus im Selbstverständnis von Staat und Partei eine spezifische, nicht immer klar definierte und zum Teil auch indirekte Funktion. Er diente zur Legitimierung und Befriedigung sehr verschiedenartiger Interessen der Parteifraktionen und zugleich als elastisch verwendeter Kampfbegriff, der antithetische ideologische Grundeinstellungen miteinander verband. Der Antifaschismus legitimierte den BdkJ aufgrund der Verdienste der Partei im Zweiten Weltkrieg und bei der Befreiung des Landes, der Antistalinismus sicherte die Distanz von der sowjetischen Hegemonie, der Antikapitalismus rechtfertigte die Herrschaft der Arbeiterklasse und das gesellschaftliche Eigentum. Der Antibürokratismus aber amalgamierte alle Grundsätze und sicherte Kursänderungen ohne sichtbaren Kontinuitätsbruch. Die Grundstimmung des jugoslawischen Bruchs mit dem Stalinismus fand in diesem Antibürokratismus ihren Kristallisationspunkt. Fast vierzig Jahre lang bündelten sich im Antibürokratismus die Leit motive des gesellschaftlichen Bewusstseins von Titos antistalinistischer Partei und der jugoslawischen Intellektuellen. Mit der Zerstörung des BdkJ (Dezember 1989) verschwand auch der Antibürokratismus aus dem politischen Jargon. Das neue Epochenbewusstsein schwächte den Antifaschismus, verstärkte hingegen Antikommunismus und Antitotalitarismus sowie „demokratischen Nationalis-

mus“. Der schnell entstandene Antititoismus verbindet wiederum verschiedene neue abwertende Begriffe, deren gemeinsamen Nenner die Stigmatisierung Titos als Hauptschuldigen bildet. Ihnen allen gemein ist die Legitimierung des restaurierten Kapitalismus und des wiederbelebten Nationalismus. Der offene Abschied vieler Intellektueller vom Sozialismus und vom Marxismus (die große Konversion), ihr biografischer Bruch und ihr Abschied von linken Denktraditionen sorgten für eine Wandlung des gesamten intellektuellen Potenzials und öffneten neue Denk- und Debattenräume.

Schon Mitte der 1980er-Jahre, als eine Schwächung der UdSSR drohte, wurde der Antistalinismus in der Ideologie des BdkJ obsolet und verschwand in den Neunzigerjahren völlig. Zugleich verblasste der Antifaschismus, er geriet in nationalistisches Fahrwasser. Im antikommunistischen postsozialistischen Klima wurde Faschismus salonfähig, weil Faschisten als die heftigsten Antikommunisten gelten. Der Bürgerkrieg gab dem Wandel eine leidenschaftliche Note. Im Kampf gegen das Jugoslawentum (in Kroatien und Slowenien) und gegen den Internationalismus etablierte sich Patriotismus auf allen Seiten auch in neuer, faschistischer und rechtsorientierter, Gestalt.

Der Antifaschismus gilt in Jugoslawien seit 1990 als schädlich, denn er teile die Nation angeblich in Faschisten und Antifaschisten. Ein Anti-Antifaschismus ist heute bemüht, die „schädliche Teilung der Nation“ zu überwinden. Mit dem Ende des Tito-Kults erhielt Antifaschismus, so es ihn noch gab, zudem eine nationale Farbe (serbischer, kroatischer usw.). In Serbien ging die Bedeutung des Antifaschismus erst mit dem Sturz von Milosević zurück, dieser hatte seine Erinnerungspolitik noch immer auf antifaschistische Positionen gestellt. Parallel dazu wurde Antitotalitarismus funktionell, weil dieser, im Unterschied zum Antifaschismus, mit Nationalismus vereinbar ist (als totalitär werden sowohl der internationalistische Kommunismus als auch die fremde Nation stigmatisiert). Nationalismus und Antitotalitarismus verschmolzen unter der Formel „demokratischer Nationalismus“, der ethnokratische Liberalismus wurde zur globalen postsozialistischen Normalität. Während Antikapitalismus, Antibürokratismus und Antistalinismus seinerzeit dazu dienen sollten, eine übernationale Solidarität zu schaffen, sucht die heutige nationalistische Homogenisierung den politischen Hass neu zu organisieren. Der explodierte Nationalismus und Antitotalitarismus eigneten sich zur Zementierung der neuen Gemeinschaft von kommunistischen Opfern. Im Antifaschismus sieht man eine Gefahr für den „demokratischen Nationalismus“

und ein Hemmnis bei der Stärkung des antitotalitären Antikommunismus.

Zusammenfassung

Die Feindvorstellungen durchliefen in Jugoslawien von 1945 bis 2003 drei charakteristische Entwicklungsphasen: Von 1945 bis 1949 waren antikapitalistische und antifaschistische Losungen konkurrenzlos, Volksdemokratie und Sozialismus waren das Ziel. Zwischen 1949 und 1989 bildeten Antibürokratismus, Antistalinismus, Antikapitalismus und Antifaschismus einen festen Block, der im Laufe der Zeit unterschiedliche Akzentuierungen erfuhr und auf der sozialistischen Selbstverwaltung sowie der „Brüderlichkeit und Einheit“ des Vielvölkerstaates basierte. Von 1990 bis 2003 herrschten verschiedene Kombinationen aus Antikommunismus und Antitotalitarismus, womit der „demokratische Nationalismus“ gerechtfertigt wurde. Mit diesem Wandel der Feindvorstellungen als emotionaler Kern ideologischer Gegenüberstellung änderten sich auch Opfer und Täter: An die Stelle der in der Geschichte unterdrückten Arbeiterklasse trat die jeweils eigene Nation als Opfer, den Platz der Opfer faschistischer Gewalt nahmen die Opfer kommunistischer Gewalt ein. Nationalismus erhielt statt des ursprünglich negativen einen positiven Ton. Zwar gilt der Faschismus noch immer nominell als negativ, das aber nur formal. In Wirklichkeit hat sein Inhalt sich geändert. Im Kern wird Faschismus schon lange nicht mehr mit extremem Nationalismus gleichgesetzt, denn Nationalismus ist „normal“ geworden: Faschisten sind immer die anderen, der Nationalismus meiner Nation dagegen ist „Patriotismus“. Im postsozialistischen Epochenbewusstsein des vormaligen Jugoslawien bestimmt heute blinder, unkritischer Patriotismus das neue Feindbild.